

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Jörg Bode, Dr. Marco Genthe und Horst Kortlang (FDP)

**Volkswagen und seine Zulieferer - eine Beziehung voller Missverständnisse?**

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode, Dr. Marco Genthe und Horst Kortlang (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 13.08.2020

Im Sommer 2016 wurde der Öffentlichkeit ein Konflikt zwischen dem VW-Konzern und einem seiner Zulieferer (Prevent-Gruppe) bekannt, da der Zulieferer durch einen Lieferstopp Teile der Produktion von VW „lahmlegte“. Ursächlich hierfür war angeblich ein Streit über Zahlungsbedingungen und Vertragsmodalitäten (FAZ, 28.07.2020). Hieraus ergab sich ein langjähriger Rechtsstreit. Im April 2018 berichteten Medien darüber, dass der VW-Konzern unter dem Decknamen „Herzog“ (NDR, 15.04.2018) Überwachungsaufträge erteilt habe, um über „Zielpersonen“ (ebenda) Dossiers anzulegen. Diese Dossiers sollen sich auch über den privaten Lebensbereich der Mitarbeiter der Firmengruppe eines Zulieferers erstrecken. VW bestätigte diesen Sachverhalt (dpa, 15.04.2018).

Nunmehr wurden auf dem Portal „Business Insider“ Protokolle eines „internen Projektteams“ enthüllt. Hier soll es VW-Managern darum gegangen sein, Wege zu finden, wie sich der Zulieferer „am besten ausschalten lasse“. In den über 50 Stunden dauernden Tonaufzeichnungen soll eine VW-Managerin vorgeschlagen haben, durch den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder den russischen Präsidenten Putin dazu zu bewegen, „den Geldhahn aus Russland abzudrehen“. Weiter soll eine VW-Managerin gefragt haben: „Wo haben wir Lieferanten, die stark an dem Stahlpreis hängen, im Moment relativ klein sind und die wir aushungern?“ Dabei handele es sich um rund 80 % der kleinen und mittelständischen Zulieferer. Nach den Berichten bestand die VW-Strategie darin, die Zulieferer nicht nur auszuhungern, sondern die Prevent-Gruppe daran zu hindern, sich bei „ausgehungerten Zulieferern“ einzukaufen (FAZ, 28.07.20).

In der Antwort auf die Kleine Anfrage „Das Leben der Anderen‘ - Lässt der VW-Konzern Dossiers über Mitarbeiter und deren Familien von Zulieferbetrieben anlegen“, erklärt die Landesregierung: „Die Landesregierung wirbt in ihrem Industriedialog seit Jahren für ein möglichst partnerschaftliches Verhältnis von Herstellern und Zulieferern, dies verstärkt seit dem mehrjährigen Konflikt von Volkswagen mit Prevent. Mit der strategischen Innovationspartnerschaft möchten SPD und CDU in dieser Legislaturperiode in der Branche für gemeinsame Innovationsprojekte in Niedersachsen werben“ (Drs. 18/996).

1. Ist der Landesregierung die Existenz und der Inhalt von Tonbandaufzeichnungen der „internen Projektgruppe“ bekannt und wenn ja, seit wann?
2. Haben die VW-Aufsichtsratsmitglieder Ministerpräsident Weil und Minister Dr. Althusmann davon erfahren und wenn ja, wie und wann?
3. Ergibt sich aus den veröffentlichten Aufzeichnungen ein Anfangsverdacht für Rechtsverstöße durch VW, insbesondere gegen das Kartellrecht?
4. Wie bewertet die Landesregierung die veröffentlichten Aufnahmen hinsichtlich des daraus ersichtlichen gepflegten Umgangs von VW mit Zulieferern?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass derartige Aufzeichnungen angefertigt worden sind?
6. Ist der in den Aufzeichnungen deutlich gewordene Umgang von VW mit Zulieferern mit der seit „Dieselgate“ „eingeführten neuen Unternehmenskultur“ vereinbar?
7. Wann und wie oft hat der Industriedialog stattgefunden, und inwiefern waren die von der Landesregierung entsandten Aufsichtsratsmitglieder anwesend und beteiligt (bitte einzeln auflüsseln)?

8. Zu welchen Erkenntnissen und Fortschritten hat der Industriedialog bereits geführt, und welches sind die weiteren Schritte?
9. Inwieweit sind bei dem Dialog Zulieferer der Automobilindustrie vertreten?
10. Inwieweit sind bei dem Dialog Hersteller der Automobilindustrie vertreten?
11. Hat die Landesregierung seit 2016 konkrete Hinweise erhalten, dass Zulieferer Probleme mit VW hinsichtlich der Vertragsmodalitäten und Zahlungsbedingungen hatten?
12. Gab es hierbei Hinweise, die auf den Versuch des „Aushungerns“ hindeuten konnten?
13. Wie ist die Landesregierung mit derartigen Hinweisen (Fragen 11 und 12) umgegangen?